

# Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Deutscher Bundestag  
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache  
18(12)96

06.05.2014 - 18/570

1110-3

## Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages  
zum Entwurf des Einzelplans 14

- Einzelplan 14 -

10/6/15

## Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss fordert das Bundesministerium der Verteidigung auf, bis auf weiteres für die 15 größten Rüstungsprojekte der Bundeswehr einen Ausgabenstopp zu verhängen, d.h. hierfür keine weiteren Mittel zu verausgaben. Dieser soll für den Haushalt 2014 bestehen und mindestens andauern, bis die durch das Ministerium anberaumte Bestandsaufnahme und Risikobewertung durch externe Berater abgeschlossen, die Ergebnisse ausgewertet, bewertet und in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden. Über den Fortgang der Überprüfung der Beschaffungsprozesse ist dem Haushalts- und dem Verteidigungsausschuss regelmäßig zu berichten.

## Begründung

Es ist offensichtlich, dass im Beschaffungswesen der Bundeswehr erhebliche Probleme bestehen. Im Jahr 2013 sind mehr als 1,5 Milliarden Euro, die für Rüstungsprojekte in den Verteidigungshaushalt eingestellt waren, nicht verausgabt worden. Die Bundesministerin der Verteidigung hat keinen der ihr im Rahmen des Rüstungsboards vorgelegten Projektstatusberichte über die zentralen Rüstungsprojekte gebilligt. Sie hat in Folge angekündigt, dass eine Bestandsaufnahme und Risikobewertung jener zentralen Rüstungsprojekte durch externe Berater erfolgen müsse. Nichtsdestotrotz wurden diese Rüstungsprojekte nicht gestoppt und laufen unverändert weiter.

Die im Jahr 2013 nicht getätigten Ausgaben werden in die Zukunft verlagert und führen dadurch auf der Zeitachse zu einem ungeplanten Anstieg der Verteidigungsausgaben. Dadurch werden Minderausgaben in anderen Ausgabenbereichen zwingend, um die Aufwüchse zu kompensieren. Eine vernünftige Finanzplanung wird durch den unberechenbaren Mittelabfluss im Verteidigungsressort unmöglich gemacht. Dies schadet am Ende den Soldatinnen und Soldaten und der Bundeswehr insgesamt.

Die Behauptung, dass im Jahr 2013 Geld gespart wurde und lediglich in späteren Jahren ausgegeben wird, widerspricht dem Jährigkeitsprinzip des Haushaltes. De facto nimmt der Bund dadurch in 2013 nur geringere Schulden auf: Mehrausgaben in späteren Jahren sind jedoch die Folge. Die Probleme bei den Rüstungsprojekten der Bundeswehr haben direkte Auswirkungen auf die Planbarkeit des Bundeshaushaltes, sie konterkarieren die Haushaltsklarheit. Dies gilt insbesondere bei Beschaffungsprojekten, die zu ungeplanten Verschiebungen in Milliardenhöhe führen.

Die Probleme bei den Rüstungsprojekten sowie die Tatsache, dass der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung kein belastbarer Sachstand über die Rüstungsprojekte und damit verbundene Risiken vorliegt, sind alarmierend. Weitere Mittel in einer solch undurchsichtigen Lage bereitzustellen, ist unverantwortlich. Bevor weitere Steuergelder für die 15 größten und stark risikobehafteten Rüstungsprojekte ausgegeben werden, müssen eine klare Bestandsaufnahme erstellt und etwaige Konsequenzen gezogen werden. Ein Ausgabenstopp für diese Rüstungsprojekte ist daher zwingend erforderlich.

Beschaffungen, die zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten in den Einsätzen dringend benötigt werden, sind von diesem Ausgabenstopp ausgenommen.

Berlin, den 07.05.2014

*Agnieszka Brugger Tobias Lindner Doris Wagner*

Agnieszka Brugger MdB

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB